

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1910

285 (15.12.1910) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

<p>ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger abgeholt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 80 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Beilagen: Sterne und Blumen. Einmal wöchentlich; das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt. „Blätter für den Familiensitz“. Zweimal wöchentlich; das vierseitige Unterhaltungsblatt.</p>	<p>Angaben: Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Resten 60 Pfg. Anzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabate. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Bermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Ezechunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>
<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichten dienst und den allgemeinen Teil: Franz W. A. H.; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; familiäre in Karlsruhe.</p>	<p>Verantwortlich: Für Anzeigen und Resten: Hermann W. A. H. in Karlsruhe.</p>	

Der sozialdemokratische Rabau im Reichstag

wird von der „Köln. Volkszeitung“ geschildert: Der sozialdemokratische Abgeordnete David hielt eine revisionistische Rede, in der er jedoch bald in sehr radikale Töne gegenüber dem Reichstanzler fiel. Schließlich machte er dem letzteren den Vorwurf, in das schwebende Gerichtsverfahren bezüglich der Rabauer Krawalle durch seine Rede eingegriffen zu haben. Nun schildert das Blatt folgendermaßen:

Es war ein starkes Stück, daß der sozialdemokratische Redner es wagte, die Schuld für diese seine Ungehörigkeit dem Reichstanzler zuzuschreiben, der zuerst über Moabit gesprochen hatte. Der ganze Saal war ja Zeuge der Rede des Abg. Scheidemann über den Prozeß gewesen. Man konnte darum dem Reichstanzler die Entrüstung nachfühlen, als er mit deutlich sichtbarer Erregung Davids Infamiation zurückwies und mit erhabener Stimme den Sozialdemokraten erneut zurief: Die moralische Verantwortung bleibt trotz alledem auf der Sozialdemokratie haften.

Die Mehrzahl der Genossen nahm anfangs den Vorwurf ruhig hin, die Rechte klatschte Beifall. Da sprang ruckartig der neu gewählte Sozialdemokrat Kuhnert auf, fuchtelte wild mit Häufen und Armen in der Luft herum und stieß unartikuliert Laute aus. Jetzt kam auch Inzert in Wut und rief dem Reichstanzler „Freiheit“ zu. Nun überfüllten sich die Schimpfwörter „Lüge, Gemeinheit, Schamlosigkeit, Unverschämtheit usw.“. Redebour tobte und schrie ganz wie auf dem soz. Parteitag in Magdeburg. Fißler schlägt mit den Häufen ununterbrochen auf das Publikum und brüllt: „Er liegt, er hat gelogen, er hat gelogen.“

Mit demagogischem Beifall unterstützt die Rechte den Reichstanzler. Die Wirtschaftliche Vereinigung und die Freiservativen schleudern den Sozialdemokraten Prüfer entgegen, dazwischen hört man etwas wie unreifer Mude, unverdächtig der Würde, was dem jungen Kuhnert gelten soll. Der Präsident Schulz erteilt Ordnungsrufe, soviel er in der kurzen Zeit nur kann; und es gelangt ihm wieder Ruhe zu schaffen. Der Reichstanzler weiß nochmals mit einem Satz den Abgeordneten David und legt sich auf demokraie in die Schranken zurück und legt sich auf seinen Platz. Kreidebleich, aber nach außen ruhig, hat er stehend den Blick scharf auf die Sozialdemokraten gerichtet, dem Sturm standgehalten. Jetzt, da er geendet hatte, jetzt die Rechte, das Zentrum und auch ein Teil der Nationalliberalen mit fröhlichem Beifall ein. Die Sozialdemokraten gähnen und beinahe scheint es, als ob sich die ersten Szenen wiederholen sollten. Der Abg. Fißler eilt auf die Nationalliberalen zu und schreit: „Wie kommt ihr Beifall Haken!“ Dem Zentrum ruft er zu: „Man hatte euch den Kullmann an die Hochstühle gehängt!“

Dann stürzte er in großer Aufregung aus dem Saale hinaus. Die Sozialdemokraten reden befehlend auf ihre Spektakelmacher ein und der freimütige Abg. Träger eilt zu den Sozialdemokraten und schüttelt ihnen die Hände.

Der Freisinn hatte, was besonders charakteristisch ist, bei diesen Tumulten kein Beifall des Beifalls für den Reichstanzler und kein Beifall des Unwillens gegen die Sozialdemokraten gezeigt. Auch nur ein Teil der Nationalliberalen unterstützt den Tänzler und protestiert gegen die Sozialdemokraten. Die Sozialdemokratie hat aber heute wieder gezeigt, daß es kein schlimmerer Feind der personal. Freiheit u. des Parlamentarismus gibt, wie sie selbst mit ihrem brutalen Terrorismus und ihrem großen Mißbrauch der parlamentarischen Rechte. Die Erregung war nach diesen Tumulten groß, so daß von dem Abg. Schraders wüster Kulturkampfschreie nur wenig zu verstehen war. Das gleiche Schicksal traf auch den Grafen Witzmann und den bayerischen Bauernführer Silbert. Man mußte nun die Debatte abbrechen, denn die Nationalliberalen haben für heute einen Bierabend angelegt, bei dem auch die Regierung vertreten sein wird.

Deutscher Reichstag.

Staatsberatung — fünfter Tag.

Berlin, 14. Dezember 1910.

Am Bundesratsstisch: Die Staatssekretäre Bernuth, v. Delbück und v. Vindequitt, sowie der preussische Regierungsminister v. Heeringen. Haus und Tribünen sind mächtig beleuchtet.

Der Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Min.

Der Tag der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Lesung des Etats.

Der Reichstag (natl.): Werthvoll war an der Rede des Abg. Erzberger, daß sie so starken Beifall bei den Nationalliberalen fand. (Sehr richtig!) Bei den Nationalliberalen. Die gegen uns erhobenen Vorwürfe wegen unserer Haltung bei der Reichsfinanzreform sind unrichtig. Unsere Haltung war durchaus klar. Die Vereinfachung Deutschlands läßt sich nicht aufhalten. Die Vorgänge in der katholischen Kirche, wie das Vergehen

gegen die Modernisten und die Enzykliken verdienen alle Aufmerksamkeit. Wir verlangen Schutz der persönlichen Freiheit und eine schnelle, durchgreifende Justiz, Ausnahmegeetze aber lehnen wir ab. Unsere Schutzpolitik, die dem Volke Wohltand gebracht hat, behalten wir bei; sie wird aber gefährlich durch die übertriebenen Forderungen des Bundes der Landwirte. (Sehr richtig!) In demselben Sinne wenden wir uns gegen die Ausbarmachung der sozialpolitischen Einrichtungen für sozialdemokratische Zwecke. Wie die Sozialdemokratie die Meinungsfreiheit aufhebt, geht aus den geistreichen Vorträgen hervor. Als der Reichstanzler hinsichtlich seiner Meinung auspricht und herbe Angriffe gerichtet, da erschollen die schmerzlichen Klagen von den Sozialdemokraten aus. (Sehr gut bei der Mehrheit.) In der Beschlusseigung gegen die öffentliche Ordnung hat die ganze Nation ein großes Interesse. Wir glauben den rechten Weg zu gehen und werden ihn weiter gehen. (Beifall, anhaltender Beifall bei den Nationalliberalen.)

Fißler (natl.): Die neuen Steuern sind keineswegs schlimm. Zwischen der bürgerlichen Linken und der Rechten mag eine Kluft bestehen, von der Sozialdemokratie aber trennt sie ein unüberbrückbarer, gähnender Abgrund. (Sehr richtig!) Die elend-lothringische Frage läßt sich vom preussischen Standpunkt allein aus nicht lösen. Der Streit um kirchliches Gebiet ist bedauerlich. Wir wollen doch nicht in die Zeiten der religiösen Verfolgung Deutschlands zurückfallen. (Sehr richtig!) Dem Staatssekretär v. A. K. W. W. W. dürfte es gelingen, unsern guten auswärtigen Beziehungen zu erhalten. Unser Protesten sind im Grunde ungenügend. Wir wünschen, daß die Engländer erkennen, daß unsern Interessen hat man noch nie gute Dienste gemacht. Wir wünschen eine planmäßige, zielbewusste Politik der Fortentwicklung. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Witzmann (natl.): Der Witz ist an dem Verhalten der Linken gescheitert, die im entscheidenden Augenblick das Vaterland im Stich gelassen hat. Bernuth ist demokratisch ist es, sich heute den Reichstagen der Reichsfinanzreform anzuschließen. Die Sozialdemokratie ist in gewisser Beziehung allerdings nicht zu bestehen, so lange es Selbstsucht und Dummheit gibt. (Beifall bei der Mehrheit.)

Eingegangen ist ein Schlußantrag seitens der Konservativen, des Zentrums und der Reichspartei. Bei der Abstimmung, die namentlich ist, stimmen von 280 Abgeordneten 112 dafür, 113 dagegen, bei 5 Stimmenthaltung. Der Schlußantrag ist damit abgelehnt. Auch ein Antrag Sped auf Vertagung wird abgelehnt. Die Verhandlung dauert fort.

Bühne (wildliberal): Wenn im Wahlkampf von Rabau die Veranziehung von Hilfskräften erfolgt ist, so geschah es, weil es die dortige Bevölkerung selbst für notwendig hielt. Sogar die ungeschicklichen Einfälle seitens der Beförderer. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Graf Schwerin-Löwitz: Ich nehme an, daß sich der Jurist nicht auf den Redner, sondern auf die Wahlsituation bezieht.

Bühne (fortfahrend): Wir sind von der Bevölkerung aufgefordert worden, genau auf die Wahl zu achten und durch eine Kontrolle dafür zu sorgen, daß man frei abstimmen kann. (Hört, hört!) Durch die Schutzpolitik ist die Lage des Kleinbauernstandes außerordentlich gebessert worden. Der Getreidezoll kam auch dem Kleinbauern zugute. Die Befreiung der Arbeiter durch die Höhe wird ausgeglichen durch die soziale Gesetzgebung. Unter den Industriestellen hat sich die Industrie sehr gehoben. Der deutsche Viehstand wird durch den Kleinbauern Viehtrieb gefördert, nicht durch den Seidengewer übergibt wird. Die innere Kolonisation muß mit allem Nachdruck gefördert werden. Hier wäre vielleicht das Erweitern der Gesetzgebung anzunehmen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Müller-Meinungen (fortfahrend): Die Hauptaufgaben Raab sind unklar und zum Teil wider besseres Wissen aufgestellt.

Witzmann (natl.): Nichts bedeutet die heute Lage besser als den Aufstehen Erzbergers. Er hält sich heute wieder für den politischen Mittelpunkt Deutschlands. Für jede Frage, die über die Reichsfinanzreform gefagt wurde, nur 1 Wort, und wir könnten den Städten die Finanzreform ist unklar. Das Zentrum hat in unrichtiger Nachsicht den Fürsten Wilton geopfert und die Konservativen sind mitschuldig daran. (Sehr richtig!) In Wahlrechtsfragen ist das Zentrum die Partei der unbegrenzten Möglichkeiten. Die konfessionellen Gegensätze werden vom Zentrum systematisch verschärft. Die Sozialdemokraten, von denen uns sonst eine ganze Weltanschauung trennt (Cho und Wiederpruch im Zentrum), unterstützen uns, weil sie uns das kleinere Übel halten. Wenn wir mitarbeiten sollen, müssen wir die gleichen Rechte haben. Für uns heißt es: Es lebe der freie, schließliche Kampf, der Vater für jeden politischen Fortschritt. (Beifall bei der Mehrheit.)

Witzmann (natl.): Wir wollen Ausnahmegeetze nicht. Deshalb haben wir auch gegen die Justizreform votiert. Wenn Müller-Meinungen uns vorwirft, wir hätten systematisch auf eine Spaltung des Volkes hingearbeitet, so ist das eine Verleumdung. (Der Redner wird zur Ordnung gerufen.) Die konfessionelle Spaltung ist ohne unseren Willen eingetreten. Die Liberalen wollen ein liebsten jeden Katholiken von den Staatsämtern ausschließen. (Sehr richtig im Zentrum.) Wir wollen nach unserer Ueberzeugung an den Arbeiten des Verfassungsstaates mitarbeiten.

Frank-Mannheim (Soz.): Der Reichstanzler will nicht Ausnahmegeetze aber Schutzgeetze gegen uns einführen. Die geistige Erregung meiner Freunde war ebenso erklärlich, wie die des Zentrums, als man ihm den Wörder Kullmann an die Hochstühle hängte. Die nächsten Wahlen werden die Entscheidung bringen. Seine Macht kann die Demokratisierung Deutschlands aufhalten.

Staatssekretär Bernuth: Ich habe nur einige tatsächliche Nichtigkeiten gegenüber dem Redner zu machen. Der Reichstanzler hat ausdrücklich erklärt, daß Ausnahmegeetze nicht vorgefahnen würden. Es sei aber nützlich, daß die bestimmten Delikten nach dem Vorbild anderer Länder ein solches Verfahren eintritt. Der Reichstanzler hat dabei keine Vorschläge gemacht, sondern an den Entwurf der Strafprozessordnung erinnert, der bereits ein beschleunigtes Verfahren vorsieht. Der Reichstanzler hat dann die Frage aufgeworfen, ob nicht ganz allgemein wirksame Strafbestimmungen zum Schutze des Selbstbestimmungsrechtes, der persönlichen Freiheit und des persönlichen Friedens verlangt werden müssen, gewissen veränderten Verhältnissen entsprechend. Ein Vorentwurf ist bereits gedruckt. Die veränderten Bestimmungen werden die öffentliche Kritik prüfen und danach demnächst einen Entwurf aufstellen. (Fortfahrend natl.): Es kann keine Rede davon sein, daß der Abg. Schrader geäußert hätte, man solle die Katholiken von den Staatsämtern ausschließen. Die Enzyklika sprach von Protestantismus in so beleidigender Form, wie vom Anfang der Entwürdigung des Atheismus. Die Erfahrungen in Spanien mit dem Jesuitismus sollten uns davon abhalten, den § 1 des Jesuitengesetzes aufzuheben. Der Weg zum konfessionellen Frieden wäre die Anerkennung des ewigen christlichen Glaubens als Christentum und die Auflösung des Zentrums in seine verschiedenen Bestandteile.

Abg. (natl.): Wir müssen dagegen protestieren, daß eine Konfession gegen die andere ausgespielt wird, wie vom Abg. Witzmann hier herumschauspielt. (Witzmann schreit: Ich rügte diesen Ausdruck.) Wir dienen beiden Konfessionen am besten, wenn wir sie aus dem Parlament heraus lassen. (Die Sitzung dauert fort.)

Kommission zur Beratung der Wertzuwachssteuer. Berlin, 14. Dez. In der heutigen Sitzung der Reichstagskommission für die Wertzuwachssteuer erklärte der Reichstagssekretär, er stimme mit den gestern eingebrachten Vorschlägen der Konservativen und des Zentrums darin überein, daß für die Zeit bis zum 1. Dezember 1911 alle Wertzuwachssteuer weiterhin verbleibe, bis dahin werden wir; er müsse aber unter allen Umständen darauf bestehen, daß bis 1914 eine Anrechnung der Wertzuwachssteuer für den Umsatzstempel ausgeführt ist. Die Finanzierung des Etats verlange gebieterisch, daß die Beträge unverzüglich der Staatskasse zufließen. Darauf wurde der konervative Antrag zum Gunsten des Zentrumsantrages zurückgegeben und dieser angenommen, nachdem er dahin abgeändert worden war, daß der die Anrechnung der Wertzuwachssteuer für den Umsatzstempel enthaltene Satz gestrichen und der zweite Absatz durch eine andere Fassung ersetzt wurde. Gegenüber einem sozialdemokratischen Antrag, mit dem Inkrafttreten des Wertzuwachssteuergesetzes das Kleinrentenvermögen anzuschließen, erklärt der Reichstagssekretär, es sei ihm nicht verständlich, wie man den Etat noch balancieren könne, wenn man eine bestehende Abgabe aufhebe. Sie erbringe im laufenden Jahre 15 Millionen, ohne schon den Veröhrungsstand erreicht zu haben. Derselbe Wunsch sei ja auch in der Intervention der fortschrittlichen Volkspartei zum Ausdruck gelangt. Die Situation sei aber eine etwas andere, als die Antragsteller voraussetzen scheinen. Es habe sich nämlich neuerdings das Zinsfußhochstand aufgelöst und die Preise seien dadurch sehr gefallen. Die Fortschrittlichen seien darauf in einer mündlichen Besprechung vorläufig genehmigt, und zwar nicht etwa wegen Aufhebung oder Herabsetzung der Steuer, sondern wegen einer Vereinerung der Einkommen und wegen des Zinsfußhochstandes. Der sozialdemokratische Antrag wurde darauf abgelehnt. Als Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes wurde der 1. April 1911 festgesetzt. Bei der Abstimmung über den ganzen Gegenstand stimmten 15 Mitglieder für das Gesetz, 6 Mitglieder der Reichspartei stimmte dagegen, 7 Mitglieder der Sozialdemokratie und der fortschrittlichen Volkspartei enthielten sich der Stimme.

Abg. (natl.): Die Reichstagskommission hat sich für die Wertzuwachssteuer ausgesprochen, die wir heute in der Reichstagskommission für die Wertzuwachssteuer erklärt haben. Ich stimme mit den gestern eingebrachten Vorschlägen der Konservativen und des Zentrums darin überein, daß für die Zeit bis zum 1. Dezember 1911 alle Wertzuwachssteuer weiterhin verbleibe, bis dahin werden wir; er müsse aber unter allen Umständen darauf bestehen, daß bis 1914 eine Anrechnung der Wertzuwachssteuer für den Umsatzstempel ausgeführt ist. Die Finanzierung des Etats verlange gebieterisch, daß die Beträge unverzüglich der Staatskasse zufließen. Darauf wurde der konervative Antrag zum Gunsten des Zentrumsantrages zurückgegeben und dieser angenommen, nachdem er dahin abgeändert worden war, daß der die Anrechnung der Wertzuwachssteuer für den Umsatzstempel enthaltene Satz gestrichen und der zweite Absatz durch eine andere Fassung ersetzt wurde. Gegenüber einem sozialdemokratischen Antrag, mit dem Inkrafttreten des Wertzuwachssteuergesetzes das Kleinrentenvermögen anzuschließen, erklärt der Reichstagssekretär, es sei ihm nicht verständlich, wie man den Etat noch balancieren könne, wenn man eine bestehende Abgabe aufhebe. Sie erbringe im laufenden Jahre 15 Millionen, ohne schon den Veröhrungsstand erreicht zu haben. Derselbe Wunsch sei ja auch in der Intervention der fortschrittlichen Volkspartei zum Ausdruck gelangt. Die Situation sei aber eine etwas andere, als die Antragsteller voraussetzen scheinen. Es habe sich nämlich neuerdings das Zinsfußhochstand aufgelöst und die Preise seien dadurch sehr gefallen. Die Fortschrittlichen seien darauf in einer mündlichen Besprechung vorläufig genehmigt, und zwar nicht etwa wegen Aufhebung oder Herabsetzung der Steuer, sondern wegen einer Vereinerung der Einkommen und wegen des Zinsfußhochstandes. Der sozialdemokratische Antrag wurde darauf abgelehnt. Als Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes wurde der 1. April 1911 festgesetzt. Bei der Abstimmung über den ganzen Gegenstand stimmten 15 Mitglieder für das Gesetz, 6 Mitglieder der Reichspartei stimmte dagegen, 7 Mitglieder der Sozialdemokratie und der fortschrittlichen Volkspartei enthielten sich der Stimme.

Abg. (natl.): Die Reichstagskommission hat sich für die Wertzuwachssteuer ausgesprochen, die wir heute in der Reichstagskommission für die Wertzuwachssteuer erklärt haben. Ich stimme mit den gestern eingebrachten Vorschlägen der Konservativen und des Zentrums darin überein, daß für die Zeit bis zum 1. Dezember 1911 alle Wertzuwachssteuer weiterhin verbleibe, bis dahin werden wir; er müsse aber unter allen Umständen darauf bestehen, daß bis 1914 eine Anrechnung der Wertzuwachssteuer für den Umsatzstempel ausgeführt ist. Die Finanzierung des Etats verlange gebieterisch, daß die Beträge unverzüglich der Staatskasse zufließen. Darauf wurde der konervative Antrag zum Gunsten des Zentrumsantrages zurückgegeben und dieser angenommen, nachdem er dahin abgeändert worden war, daß der die Anrechnung der Wertzuwachssteuer für den Umsatzstempel enthaltene Satz gestrichen und der zweite Absatz durch eine andere Fassung ersetzt wurde. Gegenüber einem sozialdemokratischen Antrag, mit dem Inkrafttreten des Wertzuwachssteuergesetzes das Kleinrentenvermögen anzuschließen, erklärt der Reichstagssekretär, es sei ihm nicht verständlich, wie man den Etat noch balancieren könne, wenn man eine bestehende Abgabe aufhebe. Sie erbringe im laufenden Jahre 15 Millionen, ohne schon den Veröhrungsstand erreicht zu haben. Derselbe Wunsch sei ja auch in der Intervention der fortschrittlichen Volkspartei zum Ausdruck gelangt. Die Situation sei aber eine etwas andere, als die Antragsteller voraussetzen scheinen. Es habe sich nämlich neuerdings das Zinsfußhochstand aufgelöst und die Preise seien dadurch sehr gefallen. Die Fortschrittlichen seien darauf in einer mündlichen Besprechung vorläufig genehmigt, und zwar nicht etwa wegen Aufhebung oder Herabsetzung der Steuer, sondern wegen einer Vereinerung der Einkommen und wegen des Zinsfußhochstandes. Der sozialdemokratische Antrag wurde darauf abgelehnt. Als Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes wurde der 1. April 1911 festgesetzt. Bei der Abstimmung über den ganzen Gegenstand stimmten 15 Mitglieder für das Gesetz, 6 Mitglieder der Reichspartei stimmte dagegen, 7 Mitglieder der Sozialdemokratie und der fortschrittlichen Volkspartei enthielten sich der Stimme.

Abg. (natl.): Die Reichstagskommission hat sich für die Wertzuwachssteuer ausgesprochen, die wir heute in der Reichstagskommission für die Wertzuwachssteuer erklärt haben. Ich stimme mit den gestern eingebrachten Vorschlägen der Konservativen und des Zentrums darin überein, daß für die Zeit bis zum 1. Dezember 1911 alle Wertzuwachssteuer weiterhin verbleibe, bis dahin werden wir; er müsse aber unter allen Umständen darauf bestehen, daß bis 1914 eine Anrechnung der Wertzuwachssteuer für den Umsatzstempel ausgeführt ist. Die Finanzierung des Etats verlange gebieterisch, daß die Beträge unverzüglich der Staatskasse zufließen. Darauf wurde der konervative Antrag zum Gunsten des Zentrumsantrages zurückgegeben und dieser angenommen, nachdem er dahin abgeändert worden war, daß der die Anrechnung der Wertzuwachssteuer für den Umsatzstempel enthaltene Satz gestrichen und der zweite Absatz durch eine andere Fassung ersetzt wurde. Gegenüber einem sozialdemokratischen Antrag, mit dem Inkrafttreten des Wertzuwachssteuergesetzes das Kleinrentenvermögen anzuschließen, erklärt der Reichstagssekretär, es sei ihm nicht verständlich, wie man den Etat noch balancieren könne, wenn man eine bestehende Abgabe aufhebe. Sie erbringe im laufenden Jahre 15 Millionen, ohne schon den Veröhrungsstand erreicht zu haben. Derselbe Wunsch sei ja auch in der Intervention der fortschrittlichen Volkspartei zum Ausdruck gelangt. Die Situation sei aber eine etwas andere, als die Antragsteller voraussetzen scheinen. Es habe sich nämlich neuerdings das Zinsfußhochstand aufgelöst und die Preise seien dadurch sehr gefallen. Die Fortschrittlichen seien darauf in einer mündlichen Besprechung vorläufig genehmigt, und zwar nicht etwa wegen Aufhebung oder Herabsetzung der Steuer, sondern wegen einer Vereinerung der Einkommen und wegen des Zinsfußhochstandes. Der sozialdemokratische Antrag wurde darauf abgelehnt. Als Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes wurde der 1. April 1911 festgesetzt. Bei der Abstimmung über den ganzen Gegenstand stimmten 15 Mitglieder für das Gesetz, 6 Mitglieder der Reichspartei stimmte dagegen, 7 Mitglieder der Sozialdemokratie und der fortschrittlichen Volkspartei enthielten sich der Stimme.

Abg. (natl.): Die Reichstagskommission hat sich für die Wertzuwachssteuer ausgesprochen, die wir heute in der Reichstagskommission für die Wertzuwachssteuer erklärt haben. Ich stimme mit den gestern eingebrachten Vorschlägen der Konservativen und des Zentrums darin überein, daß für die Zeit bis zum 1. Dezember 1911 alle Wertzuwachssteuer weiterhin verbleibe, bis dahin werden wir; er müsse aber unter allen Umständen darauf bestehen, daß bis 1914 eine Anrechnung der Wertzuwachssteuer für den Umsatzstempel ausgeführt ist. Die Finanzierung des Etats verlange gebieterisch, daß die Beträge unverzüglich der Staatskasse zufließen. Darauf wurde der konervative Antrag zum Gunsten des Zentrumsantrages zurückgegeben und dieser angenommen, nachdem er dahin abgeändert worden war, daß der die Anrechnung der Wertzuwachssteuer für den Umsatzstempel enthaltene Satz gestrichen und der zweite Absatz durch eine andere Fassung ersetzt wurde. Gegenüber einem sozialdemokratischen Antrag, mit dem Inkrafttreten des Wertzuwachssteuergesetzes das Kleinrentenvermögen anzuschließen, erklärt der Reichstagssekretär, es sei ihm nicht verständlich, wie man den Etat noch balancieren könne, wenn man eine bestehende Abgabe aufhebe. Sie erbringe im laufenden Jahre 15 Millionen, ohne schon den Veröhrungsstand erreicht zu haben. Derselbe Wunsch sei ja auch in der Intervention der fortschrittlichen Volkspartei zum Ausdruck gelangt. Die Situation sei aber eine etwas andere, als die Antragsteller voraussetzen scheinen. Es habe sich nämlich neuerdings das Zinsfußhochstand aufgelöst und die Preise seien dadurch sehr gefallen. Die Fortschrittlichen seien darauf in einer mündlichen Besprechung vorläufig genehmigt, und zwar nicht etwa wegen Aufhebung oder Herabsetzung der Steuer, sondern wegen einer Vereinerung der Einkommen und wegen des Zinsfußhochstandes. Der sozialdemokratische Antrag wurde darauf abgelehnt. Als Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes wurde der 1. April 1911 festgesetzt. Bei der Abstimmung über den ganzen Gegenstand stimmten 15 Mitglieder für das Gesetz, 6 Mitglieder der Reichspartei stimmte dagegen, 7 Mitglieder der Sozialdemokratie und der fortschrittlichen Volkspartei enthielten sich der Stimme.

Abg. (natl.): Die Reichstagskommission hat sich für die Wertzuwachssteuer ausgesprochen, die wir heute in der Reichstagskommission für die Wertzuwachssteuer erklärt haben. Ich stimme mit den gestern eingebrachten Vorschlägen der Konservativen und des Zentrums darin überein, daß für die Zeit bis zum 1. Dezember 1911 alle Wertzuwachssteuer weiterhin verbleibe, bis dahin werden wir; er müsse aber unter allen Umständen darauf bestehen, daß bis 1914 eine Anrechnung der Wertzuwachssteuer für den Umsatzstempel ausgeführt ist. Die Finanzierung des Etats verlange gebieterisch, daß die Beträge unverzüglich der Staatskasse zufließen. Darauf wurde der konervative Antrag zum Gunsten des Zentrumsantrages zurückgegeben und dieser angenommen, nachdem er dahin abgeändert worden war, daß der die Anrechnung der Wertzuwachssteuer für den Umsatzstempel enthaltene Satz gestrichen und der zweite Absatz durch eine andere Fassung ersetzt wurde. Gegenüber einem sozialdemokratischen Antrag, mit dem Inkrafttreten des Wertzuwachssteuergesetzes das Kleinrentenvermögen anzuschließen, erklärt der Reichstagssekretär, es sei ihm nicht verständlich, wie man den Etat noch balancieren könne, wenn man eine bestehende Abgabe aufhebe. Sie erbringe im laufenden Jahre 15 Millionen, ohne schon den Veröhrungsstand erreicht zu haben. Derselbe Wunsch sei ja auch in der Intervention der fortschrittlichen Volkspartei zum Ausdruck gelangt. Die Situation sei aber eine etwas andere, als die Antragsteller voraussetzen scheinen. Es habe sich nämlich neuerdings das Zinsfußhochstand aufgelöst und die Preise seien dadurch sehr gefallen. Die Fortschrittlichen seien darauf in einer mündlichen Besprechung vorläufig genehmigt, und zwar nicht etwa wegen Aufhebung oder Herabsetzung der Steuer, sondern wegen einer Vereinerung der Einkommen und wegen des Zinsfußhochstandes. Der sozialdemokratische Antrag wurde darauf abgelehnt. Als Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes wurde der 1. April 1911 festgesetzt. Bei der Abstimmung über den ganzen Gegenstand stimmten 15 Mitglieder für das Gesetz, 6 Mitglieder der Reichspartei stimmte dagegen, 7 Mitglieder der Sozialdemokratie und der fortschrittlichen Volkspartei enthielten sich der Stimme.

Deutschland.

Berlin, 15. Dezember 1910

Die Bischöfe in Bayern und die „Bayerische Lehrzeitung“. Im Auftrag ihrer Bischöfe haben die katholischen Pfarrräte in Bayern an sämtliche katholische Lehrer und Bewerber der Volksschule nachgeschieben, vom 11. Dezember datiertes Schreiben, außerhalb der Schule und nicht in ihrer Eigenschaft als Lokalinspektoren mitzutellen: „Am 1. April 1911 festgesetzt. Bei der Abstimmung über den ganzen Gegenstand stimmten 15 Mitglieder für das Gesetz, 6 Mitglieder der Reichspartei stimmte dagegen, 7 Mitglieder der Sozialdemokratie und der fortschrittlichen Volkspartei enthielten sich der Stimme.“

Wir haben seit langer Zeit die „Bayerische Lehrzeitung“ auf ihren kirchlichen Inhalt geprüft und haben zu unsern lebhaften Bedauern gefunden, daß seit mehreren Jahren in einer Reihe von Artikeln Anfeindungen der katholischen Glaubenslehre und der Verächtlichmachung kirchlicher Gesinnung vorkamen; Jahrgang 1909 Nr. 1 Seite 5; 1908 Jahrgang 1909 Nr. 34 S. 862, 1909 Nr. 6 Seite 146.

Wir erinnern an jene Artikel, welche sich gegen die kirchliche Hierarchie, die Bischöfe richteten; Jahrgang 1907 Nr. 1 Seite 3 und Nr. 13 Seite 240—241, 1909 Nr. 6 Seite 146 und Nr. 10 Seite 189;

ferner an jene Artikel, welche Ausfälle gegen die

Wissenschaft der religiösen Wahrheiten und den Glauben enthalten; Jahrgang 1909 Nr. 8 Seite 146 und Nr. 21 Seite 446 und 454;

ferner an die Artikel, welche das Recht der Kirche auf die Aufsicht über den Religionsunterricht der Kirche beschränken; Jahrgang 1908 Nr. 36 Seite 917.

und Wäcker empfehlen, die wir vom Standpunkt des Glaubens und der Ehre verurteilen müssen; Jahrgang 1907 Nr. 42 Seite 823, 1908 Nr. 43 Seite 1182, 1909 Nr. 8 Seite 166 und 1909 Nr. 14 Seite 303.

Nachdem hinsichtlich der „Bayerischen Lehrzeitung“ für die katholischen Mitglieder des Bayer. Lehrervereins Abkommenszwang besteht, sehen wir uns veranlaßt, im Namen und Auftrag unseres Hochwürdigsten Herrn Bischofs das ebenso dringende wie ernste Ersuchen an die katholischen Lehrer unserer Diözese zu stellen, auf die Wortführerschaft des Bayerischen Lehrervereins einwirken zu wollen, daß der Abkommenszwang beibehalten und wenigstens die Redaktion der „Bayerischen Lehrzeitung“ aufgefördert werde, sich aller Angriffe auf Religion und kirchliche Autorität zu enthalten.

Wir sehen in die katholischen Lehrer das Vertrauen, daß sie auch in ihrer Presse nichts dulden, was katholische Lehrer verletzen könnte.

Das Schreiben ist ein Akt der Notwehr der Bischöfe gegen die Vermengung der Kirche in der „Bayerischen Lehrzeitung“ und ist in jeder Beziehung einwandfrei. Das Geschrei wird natürlich wieder groß sein, macht aber nichts. Wo Lüge, Haß und Spott frech ihr Haupt erheben, da darf der christliche Protest nicht fehlen. Die „Münchener Postzeitung“ Nr. 281 bringt zugleich einen ausführlichen Tatsachenbericht dazu, wie sich die Religions- und Kirchenfeindschaft in der „Bayerischen Lehrzeitung“ äußerte. Gelegentlich wird darauf zurückkommen lassen.

Zur Lage der Zündholzfabriken. Eine Abordnung der deutschen Zündholzfabrikanten suchte vorgefesselt den Staatssekretär des Reichsfinanzamtes auf, um ihm die unglückliche Lage zu schildern, in die die Zündholzfabriken durch die Einführung des Zündholzmonopols gebracht wurden und die in einer erheblichen Verbilligung der Zündhölzer ihren Ausdruck finde. Die Vertreter der Zündholzindustrie empfahlen namentlich die Besteuerung aller Zündholzerzeugnisse und auch die Schaffung eines Monopols, an das die bisherigen Zündholzfabriken verpachtet werden sollten.

Ausweisung aus Deutsch-Ostafrika. Die Herausgeber der „Deutsch-Ostaf. Zeitung“ von Hoy und Buchdruckermeister Klein in Dar es Salaam sind auf Grund der gegen sie ergangenen rechtskräftigen Strafurteile des Kaiserlichen Obergerichtes vom Gouverneur aus dem Kaiserlichen Schutzgebiet Deutsch-Ostafrika ausgewiesen worden. Der Staatssekretär des Reichsfinanzamtes hat den Gouverneur auf seine diesbezügliche Meldung hin telegraphisch erwidert, die Ausweisung zu durchzuführen, daß den Verurteilten, von denen von Hoy eine Gefängnisstrafe in Deutschland abzuhängen haben wird, vorher eine ordnungsmäßige Abwicklung ihrer laufenden Privatangelegenheiten ermöglicht wird.

Ein spätes Dementi. In den Verhandlungen des Reichstages vom 9. d. Mtz. ist unter Bezugnahme auf eine vom herzoglich braunschweigischen Staatsminister v. Otto am letzten Geburttage S. M. des Kaisers gehaltene Rede die Haltung auch der braunschweigischen Regierung gegenüber der von der Mehrheit des Reichstages beschlossenen Finanzreform erwähnt. Die braunschweigische Regierung würde, wie die amtlichen „Braunschw. Anzeig.“ zu erklären erwächtigt sind, allerdings der von den verbündeten Regierungen vorgeschlagenen Finanzreform den Vorzug gegeben haben. Nachdem aber festgestellt, daß deren Annahme im Reichstage nicht erreichbar war, hat gerade Staatsminister v. Otto namens der braunschweigischen Regierung in den Bundesratsverhandlungen sich sofort mit besonderem Nachdruck für die Annahme der im Reichstage beschlossenen Finanzreform erklärt, wie denn auch heute die braunschweigische Regierung den Wert der Finanzreform für die Gesundung der Reichsfinanzen rückhaltlos anerkennt. Diese Antwort kommt etwas spät. Wenn die Rede des Abg. Sped sie erreicht hat, begreifen wir das sehr.

Professorenstreit. Der persönliche Zwist geht seit einiger Zeit wie eine Infektionskrankheit an den deutschen Hochschulen um. Kaum ist es in Würzburg mit den unerquicklichen persönlichen persönlichen Zwistigkeiten unter Theologieprofessoren still geworden, hörte man von Berlin von dem Streit zwischen dem Professor Bernhard und seinen Kollegen von der staatswissenschaftlichen Fakultät, der sogar zu einer Duellforderung führte. Soeben schreibt die „Frankfurter Zeitung“ von einem Streitigungsprozeß des Professors Dr. Finfthilf gegen Professor Dr. Mörike. Beide sind Lehrer an der technischen Hochschule in Stuttgart. Ebenso wird soeben ein Streit bekannt, der zwischen Professoren der technischen Hochschule in Hannover entbrannt. Geheimrat Warthausen hat sein Amt als Professor niedergelegt, weil er mit seiner freigeitlichen Lehrmethode Widerstand bei einigen Professoren fand und sich

Professorenstreit. Der persönliche Zwist geht seit einiger Zeit wie eine Infektionskrankheit an den deutschen Hochschulen um. Kaum ist es in Würzburg mit den unerquicklichen persönlichen persönlichen Zwistigkeiten unter Theologieprofessoren still geworden, hörte man von Berlin von dem Streit zwischen dem Professor Bernhard und seinen Kollegen von der staatswissenschaftlichen Fakultät, der sogar zu einer Duellforderung führte. Soeben schreibt die „Frankfurter Zeitung“ von einem Streitigungsprozeß des Professors Dr. Finfthilf gegen Professor Dr. Mörike. Beide sind Lehrer an der technischen Hochschule in Stuttgart. Ebenso wird soeben ein Streit bekannt, der zwischen Professoren der technischen Hochschule in Hannover entbrannt. Geheimrat Warthausen hat sein Amt als Professor niedergelegt, weil er mit seiner freigeitlichen Lehrmethode Widerstand bei einigen Professoren fand und sich

Professorenstreit. Der persönliche Zwist geht seit einiger Zeit wie eine Infektionskrankheit an den deutschen Hochschulen um. Kaum ist es in Würzburg mit den unerquicklichen persönlichen persönlichen Zwistigkeiten unter Theologieprofessoren still geworden, hörte man von Berlin von dem Streit zwischen dem Professor Bernhard und seinen Kollegen von der staatswissenschaftlichen Fakultät, der sogar zu einer Duellforderung führte. Soeben schreibt die „Frankfurter Zeitung“ von einem Streitigungsprozeß des Professors Dr. Finfthilf gegen Professor Dr. Mörike. Beide sind Lehrer an der technischen Hochschule in Stuttgart. Ebenso wird soeben ein Streit bekannt, der zwischen Professoren der technischen Hochschule in Hannover entbrannt. Geheimrat Warthausen hat sein Amt als Professor niedergelegt, weil er mit seiner freigeitlichen Lehrmethode Widerstand bei einigen Professoren fand und sich

Professorenstreit. Der persönliche Zwist geht seit einiger Zeit wie eine Infektionskrankheit an den deutschen Hochschulen um. Kaum ist es in Würzburg mit den unerquicklichen persönlichen persönlichen Zwistigkeiten unter Theologieprofessoren still geworden, hörte man von Berlin von dem Streit zwischen dem Professor Bernhard und seinen Kollegen von der staatswissenschaftlichen Fakultät, der sogar zu einer Duellforderung führte. Soeben schreibt die „Frankfurter Zeitung“ von einem Streitigungsprozeß des Professors Dr. Finfthilf gegen Professor Dr. Mörike. Beide sind Lehrer an der technischen Hochschule in Stuttgart. Ebenso wird soeben ein Streit bekannt, der zwischen Professoren der technischen Hochschule in Hannover entbrannt. Geheimrat Warthausen hat sein Amt als Professor niedergelegt, weil er mit seiner freigeitlichen Lehrmethode Widerstand bei einigen Professoren fand und sich

Professorenstreit. Der persönliche Zwist geht seit einiger Zeit wie eine Infektionskrankheit an den deutschen Hochschulen um. Kaum ist es in Würzburg mit den unerquicklichen persönlichen persönlichen Zwistigkeiten unter Theologieprofessoren still geworden, hörte man von Berlin von dem Streit zwischen dem Professor Bernhard und seinen Kollegen von der staatswissenschaftlichen Fakultät, der sogar zu einer Duellforderung führte. Soeben schreibt die „Frankfurter Zeitung“ von einem Streitigungsprozeß des Professors Dr. Finfthilf gegen Professor Dr. Mörike. Beide sind Lehrer an der technischen Hochschule in Stuttgart. Ebenso wird soeben ein Streit bekannt, der zwischen Professoren der technischen Hochschule in Hannover entbrannt. Geheimrat Warthausen hat sein Amt als Professor niedergelegt, weil er mit seiner freigeitlichen Lehrmethode Widerstand bei einigen Professoren fand und sich

Professorenstreit. Der persönliche Zwist geht seit einiger Zeit wie eine Infektionskrankheit an den deutschen Hochschulen um. Kaum ist es in Würzburg mit den unerquicklichen persönlichen persönlichen Zwistigkeiten unter Theologieprofessoren still geworden, hörte man von Berlin von dem Streit zwischen dem Professor Bernhard und seinen Kollegen von der staatswissenschaftlichen Fakultät, der sogar zu einer Duellforderung führte. Soeben schreibt die „Frankfurter Zeitung“ von einem Streitigungsprozeß des Professors Dr. Finfthilf gegen Professor Dr. Mörike. Beide sind Lehrer an der technischen Hochschule in Stuttgart. Ebenso wird soeben ein Streit bekannt, der zwischen Professoren der technischen Hochschule in Hannover entbrannt. Geheimrat Warthausen hat sein Amt als Professor niedergelegt, weil er mit seiner freigeitlichen Lehrmethode Widerstand bei einigen Professoren fand und sich

Professorenstreit. Der persönliche Zwist geht seit einiger Zeit wie eine Infektionskrankheit an den deutschen Hochschulen um. Kaum ist es in Würzburg mit den unerquicklichen persönlichen persönlichen Zwistigkeiten unter Theologieprofessoren still geworden, hörte man von Berlin von dem Streit zwischen dem Professor Bernhard und seinen Kollegen von der staatswissenschaftlichen Fakultät, der sogar zu einer Duellforderung führte. Soeben schreibt die „Frankfurter Zeitung“ von einem Streitigungsprozeß des Professors Dr. Finfthilf gegen Professor Dr. Mörike. Beide sind Lehrer an der technischen Hochschule in Stuttgart. Ebenso wird soeben ein Streit bekannt, der zwischen Professoren der technischen Hochschule in Hannover entbrannt. Geheimrat Warthausen hat sein Amt als Professor niedergelegt, weil er mit seiner freigeitlichen Lehrmethode Widerstand bei einigen Professoren fand und sich

dagegen nicht durchsetzen konnte. Die Studenten-
schaft, die sich bei der Hochschulfahrt vor sechs
Jahren gegen Barkhausen erhob, weil er nach der
Meinung die Rechte der Studentenschaft
nicht gewahrt hatte, stellt sich jetzt einmütig auf die
Seite des Lehrers. Der Streit hat sich inzwischen
ausgelöst und die Professoren Arnold und Göttinger,
gegen die sich die studentischen Kundgebungen richteten,
haben ihre Vorlesungen einstweilen eingestellt.
Wissenschaft und Leidenschaft haben scheinbar viel
mit einander zu tun, obwohl sie nichts mit ein-
ander zu tun haben sollten.

Rusland.

Frankreich, Russland und Deutschland. Bezüg-
lich der Rede des Reichstanzlers wird in einem
anscheinend inspirierten Artikel des „Matin“
u. a. ausgeführt:

In den Worten des Reichstanzlers über die deutsch-
russischen Beziehungen und die Aufrechterhaltung des
Status quo auf dem Balkan und im Orient, wollen
manche Blätter den Beweis für die Richtigkeit der Tri-
partiten-Entente und insbesondere der französisch-russischen
Bündnisse erbringen. Wir sind in der Lage, zu erklären,
dass eine solche Auslegung durchaus unrichtig ist und
dass die Regierungen des Tripartiten-Entente die Erklärungen
des Reichstanzlers eher als eine Ursache zur aufrichtigen
Besorgnis ansehen. Dass Russland sich zu seiner
Angriffsaktion gegen Deutschland hergeben wird, kann
weder England noch Frankreich unangenehm sein, die
niemals einen kriegerischen Hintergedanken gehabt
haben und deren Einvernehmen vor allem die Verteidigung
ihrer Interessen und die Aufrechterhaltung des
europäischen Friedens bezweckt. Dass Deutschland die-
selbe formelle Versicherung Russland gegeben hat, ist für
den Verbündeten Frankreichs und für den Frieden
Europas von größter Wichtigkeit. Die Regierungen
haben so die Gewissheit, dass die behauptete Eventualität
vom Herbst anlässlich der russischen Aktion sich nicht
mehr wiederholen wird. Die Stelle über die Aufrechter-
haltung des Status quo im Orient und auf dem Balkan
hat am Quai d'Orsay ebenso wie in Downing Street
besondere Zustimmung gefunden. Des Weiteren kann
Frankreich nicht bedauern, dass Deutschland und Russland
ihre Differenzen in Persien geregelt haben, ebenso wie
Russland von dem deutsch-französischen Marokko-Ab-
kommen nur befriedigt sein kann. Herr Pichon habe
dieser Tage zu einem Deputierten gesagt: Nichts von
dem, was Russland Erstaunliches erfährt, kann uns un-
angenehm sein, ebenso wie nichts, was uns Gutes will-
fahren, Russland schaden kann. Die Bande, die uns ver-
knüpfen, beruhen weder auf Egoismus, noch auf Streit-
lust. Deshalb sind ihre Bündnisse mit uns vor-
zuziehen. Sie können es mir glauben, die russische Regie-
rung ist entschlossener denn je, niemals den Weg zu ver-
lassen, den sie sich durch ihr Bündnis mit uns vorge-
zeichnet hat. Sie hat keine Lust, die Bande, die Rus-
land und Frankreich vereinigen, gelockert zu sehen. Der
„Matin“ fügt hinzu, Pichon werde in den nächsten Tagen
bei der Erörterung des Budgets des Auswärtigen Amtes
alle die auswärtige Politik Frankreichs berührenden
Fragen besprechen und aus seiner Rede werde klar her-
vorgehen, dass die Auslegung der Erklärungen des
Reichstanzlers mit der seitens der Regierungen der
Tripartiten-Entente gefassten Politik übereinstimmt.

Russland.

Körperliche Bückung in russischen Gefäng-
nissen. Zu den Zeitungsmeldungen über die Mis-
handlung von Sträflingen in den Gefängnissen von
Serevit und Wolodga wird amtlich mitgeteilt:
Die Gefängnisverwaltung erhielt die Nachricht, dass
die revolutionären Organisationen große Geld-
summen aufbieten zur Ermöglichung einer Massen-
flucht der politischen Sträflinge. Am 10. November
ordnete der Chef des Gefängnisses in Serevit an-
sich den Status der körperlichen Befragung zweier
Sträflinge an. Zum Protest schnitten sich drei
Sträflinge die Halsadern auf, drei andere, unter
ihnen Stefanoff, nahmen Morphium. Stefanoff ist
gestorben. Fast alle politischen Gefangenen ver-
langten die Wahrung der Bestimmungen über die
körperliche Bückung und andere Erleichterungen
des Gefängnisstatus und beschloßen, zur Durchfüh-
rung ihrer Forderungen in den Hungerstreik zu treten.
Als ein Sträfling in Wolodga jedoch in verächtliche

Gast gesetzt wurde, leisteten seine Abteilungsge-
nossen den Aufsehern Widerstand. Sie verurteilten Kärm
und Jägler die Türen ein. Infolgedessen wurden
59 Sträflinge auf Veranlassung des Gefängnis-
inspektors mit Ketten gezeichnet. Der Justizminister
hat zur Feststellung des Tatbestandes eine strenge
Untersuchung eingeleitet.

England.

Der Wahlkampf in England. In einem großen
Zeitartikel deutet heute die konservative „Morning
Post“ die Möglichkeit an, dass sich die Anhänger
der Tarifreform von der unionistischen Partei
trennen. Sie hätten nichts gegen die alte britische
Verfassung, gegen die Walfour mit dem Vorschlag
der Einführung des Referendums unbewußt seinen
Schlag gerichtet habe. — Das liberale Blatt „Daily
News“ schreibt, Walfour habe am Montag in seiner
Rede in Dartford seine Niederlage zugegeben und
sich darin gefunden, dass das nächste Parlament
die Votobill annehmen werde. Vielleicht sei er be-
reit, zu erklären, dass die Bill aufheben werde,
sobald er wieder zur Macht gelange, niemals aber
würde er hierauf die Genehmigung der Nation er-
halten. — Der konservative „Daily Telegraph“ be-
grüßt das Versprechen Walfours, der Annahme der
Votobill einen langen, entschlossenen Widerstand
entgegenzusetzen.

Fortschritt im Schiffbau. Die technische Zeit-
schrift „Motorboot“ kündigt an, dass einer der im
diesjährigen oder nächstjährigen Programm vorge-
sehenen Dreadnoughts mit Motormaschinen von
12 000 Pferdekraften ausgerüstet werden soll, die be-
reits in England gebaut würden. Diese geben eine
Schnelligkeit von 21 Knoten und würden mit Kohöl
geheizt. Der höchste Punkt der Maschine liegt ziem-
lich tief unter der Wasserlinie, wodurch sie tatsächlich
unverletzt bleibe. Der erparterte Maschinenraum sei
zur Aufnahme von Extra-Brennstoffmaterial ein-
gerichtet, das das Schiff in den Stand setze, zweimal
so lange auf hoher See zu bleiben als ein mit
Dampf getriebenes Schiffschiff. Bekanntlich trägt
man sich auch in Deutschland mit demselben Ge-
danken.

Griechenland.

Nach den griechischen Wahlen. Die Ruhe ist
bisher nirgends gestört worden. Wahrscheinlich
werden die Anhänger von Venizelos mindestens
300 Stimmen auf sich vereinen. Nach einer Mel-
dung der Zeitung „Athina“ erklärte Venizelos, die
Kammer werde sich ausschließlich mit der Revision
der Verfassung zu befassen haben.

Amerika.

Kämpfe mit Revolutionären in Mexiko. Wie
der mexikanische Volkshüter in Washington erfährt,
stehen vorgefertigten mexikanischen Truppen bei
Cuernavaca auf eine Bande von Revolutionären,
von denen 70 Mann getötet und viele verwundet
und gefangen genommen wurden. Die Truppen ver-
loren 150 Mann.

Nach amtlichen Meldungen, die beim Staats-
departement in Washington eingegangen sind, haben
die mexikanischen Truppen die Stadt Cuernavaca
aufständischen wieder abgenommen. Der ameri-
kanische Votihüter in Mexiko telegraphierte, dass
in dem Staat Chihuahua und in anderen Teilen des
Landes jeder organisierte Widerstand gebrochen ist.

Baden.

Karlruhe, 15. Dezember.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben
sich gnädigst bewegen gelunden, der Provinz des Kreis-
sitzes der Provinz vom 1. Oktober in Baden, Frau M.
Amalie Maier das Verdienstkreuz vom 1. März
Jahren, dem Dirigenten des Oratorienvereins Karl Veins,
dem Dirigenten des Musikvereins Alexander Adam und
dem städtischen Kapellmeister Wilhelm Starke in Karlsruhe,
sowie dem städtischen Musikdirektor Paul Kadig in Heidel-
berg und dem Gesangsdirigenten Albert Hieber in Mannheim
das Verdienstkreuz zweiter Klasse. Schwäbischer Orden
vom 1. März Jahren zu verliehen; ferner dem Rentner
Waldemar Ströby in Wigg die unternährig nachgeordnete
Ordnung zur Annahme und zum Tragen des ihm ver-

zuschuldeten, nehmen die Karbinale Dr. Fischer und
Kopp, Erzbischof Körber, 13 Bischöfe (Stöppler, Korum,
Wilk, Fricke, Koppes, Hof, Veneler, Kludau, Schulte,
Kirch, Bertram, Schäfer, Dingelstod), Weihbischof von
Altona und Arcebischof von Köln teil. Bischof Rosen-
reiter (Kufm) ist wegen Krankheit verhindert. Die Kon-
ferenz wurde heute, Dienstag, vormittag eröffnet.

Auf ein Pamphlet, welches von Würzburg aus
an die Eltern der Theologiestudierenden versandt
wurde, erklärt der Bischof von Würzburg in Nr. 49
des Würzburger Diözesanblattes eine vom 5. De-
zember datierte Erklärung, welche am 3. Advents-
sonntage von den Kanzeln verlesen wurde, folgenden
Inhalt:

Ein sehr besonnenes und vernünftiges Verlangen ist
zu einer unangenehmen Zeit eine Bitte an euch zu rich-
ten. Von Würzburg aus wurde in der jüngsten Zeit in
unserer Diözese und auch in nicht wenigen anderen Diö-
zesen ein Flugblatt, dessen Inhalt sehr besonnen ist, ver-
breitet und mit Vorliebe Eltern von Kindern des
Priesterseminars und von Schülern des hiesigen
Seminars in Kenntnis gesetzt. In diesem
Flugblatt wird die von der katholischen Kirche geforderte
Ehelichkeit der Geistlichen in einer Weise beurteilt, welche
höchst tadelswert ist. Auch wird die Ehelichkeit der
Priester in einer Weise besprochen, die den Unwillen aller
edelmütigen Menschen erregen muß, und gegen den Hl.
Vater im vollen Widerspruch mit der Wahrheit die An-
schuldigung erhebt, daß er die Rechte der Geistlichen ge-
schmälert habe. Und was erträgt dieses Flugblatt? Die
Antwort auf diese Frage geben die Worte, mit welchen das
Flugblatt abschließt. Das Flugblatt will die Eltern von
Studien bestimmen, daß sie ihre Söhne nicht Theologie
studieren, also nicht Priester werden lassen. Gegen die
abfällige höchst tadelswerte Beurteilung der Ehelich-
keit der katholischen Geistlichkeit lege ich mit aller Ent-
schiedenheit Verwahrung ein. Zunächst richte ich an meine
Diözesanen die Mahnung, die von der katholischen Kirche
vorgegebene Ehelichkeit nicht nach der Ansicht der Ver-
fasser der Schrift zu richten, die nicht einmal wagen,
ihren Namen zu nennen. Ich vertraue auf euch, meine
lieben Diözesanen, daß ihr die Ehelichkeit der Priester
als notwendig und lobenswert anerkennt, wie dies seit
vielen Jahrhunderten stets in der katholischen Kirche ge-
schehen ist. Ich schreibe, indem ich die Erwartung aus-
spreche, daß sich keiner meiner Diözesanen von dem höchst
verwerflichen Flugblatt nachteilig beeinflussen lassen,
sondern es verurteilen wird, und daß auch in Zukunft alle
Eltern von Studenten und diese selbst die Priesterwürde
hochschätzen werden, und daß die Wahl des Priesterstandes
sowohl von den Studenten als auch von deren Eltern als
ein freudiges und aufsteigendes Ereignis erachtet wird.

liehenen königlich preussischen Kronen-Ordens dritter Klasse
und Kammerherr, hiesiger Hilfsarbeiter im Aus-
wärtigen Amt, Kaiserlichen Legationsrat Dr. Friedrich
Werner von Grünau die gleiche Ehrenauszeichnung für den ihm
verliehenen Kaiserlich russischen St. Stanislaus-Orden
zweiter Klasse zu erteilen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben
gnädigst geruht, den Lehramtspraktikanten Hermann Specht
aus Heidelberg zum Professor am Realgymnasium mit Reals-
schule — Leisingerstraße — in Mannheim zu ernennen.

Mit Entschliebung Großherzoglicher Ministerien der Finanzen
wurde gemäß § 3 der landesherrlichen Verordnung vom
10. Oktober 1906 der Diplomingenieur Walter Beck von
Mosbach als Baupraktikant aufgenommen.

Grabreden betreffend.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet in Nr. 344
(Abendblatt) aus Sagan in Schlesien folgendes:
„Ein Toleranzkongress in Sagan, der Magistrate, der
Magistrate und des Stadtverordnetenkollegiums von Sagan
beruht, ist, erregt in ganz Nordpreußen nicht geringes
Interesse. Der letzte Saganer Stadtverordnetenver-
sammlung lag ein Antrag des Magistrats vor über einen An-
trag zur Friedhofordnung, wonach Grabreden bei Be-
gräbnissen verboten werden sollten. In einer Volksver-
sammlung war bereits gegen die Annahme dieses Antrags
protestiert worden. Die Stadtverordneten lehnten den
Antrag als unzulässig und unangelegentlich ab. Daraufhin
hat denn die evangelische Geistlichkeit unter dem Schilde
des Saganer Zweigvereins des Evangelischen Bundes eine
Professorenversammlung einberufen, um gegen die tolerante
Einstellung der Stadtverordneten Stellung zu nehmen. Man
sah Bedauern über das Verhalten der Stadtverordneten
aus, die eine Jahrhundert alte Sitte geschädigt hätten;
solche Stadtverordneten, die das evangelische Bewußtsein
verloren, müßten von einem Stuhl der Entrüchtung
abgesetzt werden. Schließlich ist in einer Resolution der
Wunsch ausgesprochen worden, die Stadtverordneten
möchten den Beschluß wieder umstößen. Die Geistlichkeit
ging von dem völlig verkehrten Standpunkt aus, daß es
eine evangelische Sache sei, möglichst sich um einen in-
terkonfessionellen Friedhof handelt. Der evangelischen
Geistlichkeit wird nichts in dem Weg gelegt, ihre Reden auf
dem Friedhof zu halten, sie soll aber so baldig sein, und
anderen auch erlauben, daß sie ihren heimgegangenen
Freunden ein ehrendes Wort über das Grab nachrufen.
Das Vorgehen der Saganer evangelischen Geistlichkeit
trägt bereits seine Früchte, denn es hat von ihr jetzt
nicht gewollten Erfolg gehabt, daß sofort 35 Personen aus
der Landeskirche ausgetreten sind.“

Offenbar ist diese Verprechung des Falles lächer-
haft. Man sollte wissen, was den Magistrat
veranlaßt hat, sein „Verbot“ zu erlassen und
wie das selbe eigentlich gemeint ist. Auch sollte man wissen,
in welchem Sinne er die Frage der Grabreden als eine Frage der „Fried-
hofordnung“ angesehen und behandelt hat. Es versteht sich
doch ganz und gar von selbst, daß die kirchliche Begräbnisfeier
und was dazu gehört, also auch die Frage, was im Rahmen derselben
zu geschehen oder zu unterbleiben hat, nicht zur
Kompetenz einer Stadtverwaltung oder einer
Polizeibehörde gehört. In dieser Beziehung kann
eine „Friedhofordnung“ höchstens Maßregeln vor-
sehen, um in einem gegebenen Falle die kirchliche
Begräbnisfeierlichkeit in ihrer unge-
störten Verlaufe zu sichern.

Die Frage, welchen Charakter ein Friedhof hat:
ob konfessionell oder interkonfessionell, wie auch die
Frage, wen ein Friedhof gehört: ob einer Gemeinde
oder einer kirchlichen Gemeinschaft, kommt hier gar
nicht in Betracht. Die Frage der kirchlichen
Begräbnisfeierlichkeit ist eine Frage für sich
allein, welche unabhängig von den eben erwähnten
anderen Fragen ihre Erledigung zu finden hat, selbst-
redend durch die zuständige kirchliche Stelle.
Wenn beantragt werden sollte, daß nicht bloß der
amtierende Geistliche der betreffenden Konfession,
sondern jeder Geistliche neben ihm auftreten kann,
so könnte man auch einen Schritt weiter gehen und
das gleiche Recht bei jenen kirchlichen Feierlichkeiten
in Anspruch nehmen, die in der Kirche stattfinden.

Ausnahmegesetze und „entschiedener“ Liberalismus.

Die „Neue Konst. Abendzeitung“ Nr. 296 druckt
aus dem Stuttgarter demokratischen „Wohlbachter“
einen Artikel ab, der unter der Überschrift „Der
Schrei nach Ausnahmegesetzen“ behauptet, auch das
Zentrum rufe nach Ausnahmegesetzen. In dem Ar-
tikel heißt es u. a.:

„Drittens läßt sich das Zentrum zu schämen, mit der
„Wahrheit, Freiheit und Recht“, dem gelehrigsten Schil-
dner des Zentrums, zu liegen. Es fordert die — Gewalt
Eben die Gewalt, gegen die das Zentrum im „Kultur-
kampf“ so heftig gestritten hat. So heruntergekommen ist
heute schon das Zentrum, einzig u. allein, weil es auch für
seine Macht und seinen Einfluß fürchtet und weil es sich
nach oben in empfindliche Erinnerung bringen möchte.
Man muß wirklich über die Pamphlet und Frech-
heit dieses Anwurfs lachen. Was hier fast behauptet
wird, ist nämlich eine glatte Lüge, wie ja seit
längerer Zeit das Völkchen überhaupt floriert in
der liberalen Presse. Diese Lüge gegen das
Zentrum nimmt sich aber um so schöner aus, weil
sie in demokratischen Blättern verbreitet wird.
Die badischen Demokraten haben ja diesen Sommer
im badischen Landtag im Schulgesetz für einen
Ausnahmegesetzparagrafen gestimmt, der die kirchlichen
Korporationen anders behandelt als andere Korpo-
rationen. Die „Frankf. Zeitung“ gab sogar ohne
weiteres zu, daß jeder Paragraf eine Ausnahme-
bestimmung sei. Und wie war es denn im Wod-
rechtstag, wo die Herren Demokraten „es sich schon
etwas kosten ließen“, mit der Partei sein zu
dürfen! Hat dort der Linksliberalismus, auch in
seiner süddeutschen demokratischen Form, nicht für
einen Vereinsgesetz gestimmt, das Ausnahmegesetz
in m u n g e n für die Polen enthielt? Hat nicht
damals der bayerische Demokrat Duidde ein ver-
trauliches Mundschreiben erlassen, weil er sich dessen
schämte, was seine Parteigenossen im Reichstag
machten? Weder die „Neue Konst. Abendzeit.“ noch
der Stuttgarter „Wohlbachter“ kann das bestreiten,
denn es handelt sich um Tatsachen, die nicht be-
stritten werden können. Die Demokraten haben also
das Schindeln, in dem sie sich schämen, die Ver-
leugnung ihrer Grundzüge, hinter sich. Sie haben im
Landtag und im Reichstag neuerdings für Aus-
nahmegesetze gestimmt und haben daher kein Recht,
sich aufs hohe Ross zu setzen und über andere phari-
saisch abzurufen.
Die Geruntergekommenen sind also nicht im Zen-
trum, das noch nie für ein Ausnahmegesetz zu haben
war. Geruntergekommen — um den Ausdruck der
demokratischen Presse zu brauchen — ist lediglich die
Demokratie, die allerdings in Baden in Gesell-
schaft der Sozialdemokraten — für Ausnahmegesetze
stimmt.“

Welche Politik der Beamte treiben darf,
das sagt uns die „Konst. Ztg.“ bezw. der Vorsitzende
der nationalliberalen Partei des Saalekreises, Ober-
domäneninspektor Odenwald. Dieser hielt eine
„große“ liberale Versammlung ab in — Wab-
wies, wo er das böse Zentrum mauert und ma-
de, und zwar in einer „großzügigen Rede“. Die
Rede dieses höchst selbstherrlichen Politikers ist immer
„großzügig“, laut „Konst. Ztg.“ nämlich. Diesmal
bestand das Feindes der Großzügigkeit darin, daß
Herr Odenwald behauptete, die Zentrumspresse habe
die Regierung Großherzogs Friedrich I. nach dessen
Tode in allen Tonarten gepöbeln, aber verschwiegen,
welchen Anteil die liberale Partei an dessen Erfolgen
gehabt hätte. Herr Odenwald glaubt scheinbar mit
dieser kindischen Verleumdung den Saalekreis für den
Liberalismus rüderobern zu können? Er soll dann
aber auch noch beifügen, weshalb sich das Volk vom
Liberalismus abgewendet hat, so daß dieser das von
Herrn Odenwald als notwändig bezeichnete
Bündnis mit der Sozialdemokratie schließen mußte?
Nachdem Herr Bürgermeister Schatz diese „vor-
nehmste“ (!) Rede, die er je gehört, verhandelt hatte
— da hat er noch nicht viel Gutes gehört —, folgte ein
interessantes Intermezzo. Die „Konst. Ztg.“ vom
10. Dezember berichtet hierüber:

„Angeht es der in den Zentrumskreisen mit Hoch-
druck betriebenen Reklamaktion und der Fragestellung
des Amtmanns Arnsparger frage ein Stadter Herr an,
ob auch solche Maßregelungen gegen andere Beamte,
welche von einer Sammelpolitik nichts wissen wollen,
Ausdrück genommen seien. Herr Odenwald gab berück-
tendigen Aufschluß. Nur die politischen Beamten dürfen
vom Minister des Innern getroffen Maßnahmen nicht
durchsetzen; alle anderen Beamten sind frei in ihren
politischen Betreibungen.“

Als wir dies lasen, waren wir momentan ganz
„platt“. Von wem kommt Herr Odenwald diese
Bewertung, die er da wie ein Mandat der Regie-
rung öffentlich zu verkünden beliebt? Denn daß
es sich hier um eine bestelle Arbeit handelt, ist mehr
als wahrscheinlich. Oder sollte eine liberale
Mannessee wirklich Aniezigkeiten bekommen haben
infolge des Falles Arnsparger? Die Odenwaldsche
Verbindung kann doch nur den Sinn haben, daß
alle Beamten so z i a l d e m o k r a t i s c h wählen und
agieren dürfen, nur nicht die „politischen“ Be-
amten“. Das Gegenteil ist bis jetzt noch nicht
öffentlich verkündet worden, wenigstens haben die
anderen Ministerien noch keine Beamten aus dem
Grunde gemahnt, weil sie mit der Sozialdemo-
kratie partiierten. Darf daraus ein höherer Be-
amter das Recht herleiten, öffentlich eine solche An-
sage abzugeben, wie wenn er dazu beauftragt
wäre!

In der Tat bedeutet die „großzügige“ Inter-
pretation, welche Herr Odenwald gegeben hat, nichts
anderes als eine Verhöhnung für alle Beamten,
welche den Großbott in Wort und Tat unterstützen.

Ausreis aus der liberalen Lehrerschaft.

Ein Lehrer schreibt uns: Die Neue Badische
Schulzeitung, das Intelligenz-Sprachrohr des Ober-
mannsstellvertreters des Bad. Lehrervereins, steht
in Nr. 50 I. S. hoch zu Ross und verkündigt mit
Pharisäismus drapiert Entrückung der stamm-
den Welt:

„Das Staatsinteresse der Lehrer und ihrer Angehörigen
sollte Erzieher erfordern, daß die Unterrichts-
Materialien möglichst vor allem aus sittlich einwandfreien
Material bestehen muß.“

Worin nun das Wesen der dort beliebten „ein-
wandfreien“ Sittlichkeit besteht, erhebt zur Vermittlung
aus einem Beitrag eines angeblichen „Sünderländer“
Lehrers in derselben Nummer, der in einer Polemik
gegen den vor einigen Tagen an dieser Stelle zu
Worte gekommenen „Odenwaldern Bauern“ mit Auf-
bietung von viel „bühnen“ Kraftworten seinen
„fortschrittlichen Geist“ zur Schau präsentiert. Darin
heißt es u. a.:

„Lehrer aber, die in ultramontane Zeitungen schrei-
ben, sind vor der Geschichte der Schule und des Lehr-
standes gerichtet... Dieser — Odenwaldern Bauern,
der selbst kein Geistlicher, der Liberal, fortschrittlich
denkt, als „gerichtet“ ansetzt, der nämlich tolerante —
Bauer betrachtet es als eine Heiligkeit, wenn ein Lehrer
ultramontan ist. Und doch ist das tatsächlich ein Satire
an den Interessen der Schule und des Lehrstandes; ein
Geistlicher mit liberalen Anschauungen kann in den heu-
tigen Zeitaltern der Kirche mehr dienen als ein ultra-
montaner. Liberale Einstellung läßt sich mit der streng-
sten Religiosität vereinbaren, nicht aber Zentrumspolitik
mit den Interessen der Volksbildung und der den Lehrern
zukommenden Stellung.“

Man kann weit gehen, bis man ein derart ab-
stufendes Bild wiederfindet. Am liebsten möchten wir
unsern Blick von einem solchen von namenlos
Hoch gefeierten „Geist“ wegwenden, wenn wir uns
denkmal im Geffissen verpflanzten fühlen würden, das
Volk vor dieser „einwandfreien Sittlichkeit“ zu
warnen, die einem großen Teil der Erzieher der
Kinder des badiischen Volkes allwähendlich in der
einen oder andern Form suggeriert wird.

Also wenn ein Lehrer „ultramontan“ ist, d. h.
wobei die Autorität der katholischen Kirche, deren
Oberhaupt „ultra montes“ in Rom wohnt, in
Glaubens- und Sittensachen als für seine Person
verpflichtend anerkennt, und wenn er seine und seiner
Familie Lebensbedürfnisse aus einer Zeitung befristet,
die nicht täglich seine heiligsten Geffühle befreit,
wenn er also auf sogenannte „ultramontane“ Zeit-
ungen abonniert und gar noch selbst „ultramontan“
ist, dann begeht er ein „Sakrileg“, d. h. einen
Gottesraub, eine Gotteslästerung! Wenn diesen
Satz Friedr. Wilhelm Niesche niedergeschrieben
hätte, so könnte man entschuldigend sagen, das ist
eben ein Produkt des bekanntlich schließlich geistig
unmündigsten Phyllosophen. So aber kann man nur
jagen: es erbarmen einen die Kinder, die unter
einem solchen Erzieher aufwachsen; es erbarmen einen
das Erziehungsjournal, das eine solche Ge-
fährlichkeit bringt; es erbarmen einen der „fortschritt-
lich“ durch solche Salbaderei auf das Schwertseil kom-
promittiert wird; es erbarmen einen der „fortschritt-
liche“ Geist des Verfassers jenes Artikels selbst, denn
entweder kennt er den Begriff des Wortes „Sakri-
leg“ oder er kennt ihn nicht. Kennt er ihn nicht,
ist seine Tat direkt ungeheuerlich; kennt er ihn nicht,
dann verlagst um der parlamentarische Sprachbe-
brauch.

Die sogenannten „liberalen“ katholischen Geist-
lichen, die nach den Rezipienten eines solchen unreflex
Schwägers „der Kirche in den heutigen Zeitaltern
dienen sollen“, die stehen beim katholischen Volke,
das streng an der väter Glaube hängt, in keinem
besonderen Ansehen. Jedenfalls auch der Lehrer

Cheater und Kunst.

Karlruhe, 15. Dezember 1910.

Groß. Volkstheater. In der morgigen Auf-
führung des „Siegfried“, des 2. Tages der Nibel-
ungentragödie, beginnt Frau Nische-Endorf mit der
Darstellung der Brunnhilde ihr Ehrengastspiel, das
sich noch auf die „Götterdämmerung“ erstreckt. Die
Verlegung weicht gegenüber der letzten Aufführung
des „Siegfried“ noch infanter ab, als Herr Schüller
den Alberich singt und die Partie des Mime wieder
in die Hände des früheren Sängers, Herrn Buschard,
gelegt worden ist.

Hochschulausrichten.

Hannover, 14. Dez. Dem Professor an der hiesigen
Technischen Hochschule, Geh. Reg.-Rat Bark-
hausen, der nach 30jähriger Lehrtätigkeit aus dem
Lehrkörper der Technischen Hochschule ausgeschieden
ist, brachte der Studentenverband gestern abend einen
Fackelzug. Außerdem wurde eine Resolution ver-
faßt des Inhalts, daß der Abschied des Professors
Barkhausen im Zusammenhang mit seinen energis-
chen Eintreten für die akademische Lehr- und Lern-
freiheit im Gegensatz zu anderen Bestrebungen in
seiner Abteilung erfolgt sei. Die Studierenden hiel-
en es für ihre Pflicht, für die deutsche akademische
Freiheit in jeder Weise einzutreten. Infolge dessen
haben einige Professoren, gegen die sich die Resolu-
tion in erster Linie richtet, ihre Vorlesungen an
der Technischen Hochschule heute morgen einstweilen
eingestellt.

Kirchliche Nachrichten.

Baden-Baden, Am Kloster und Institut zum heiligen
Grab feiert heute Donnerstag Frau Priorin M. Am-
alia ihr silbernes Amtsjubiläum als Vor-
steherin des Klosterkonvents und des Instituts. Aus die-
sem Anlaß findet in der Klosterkirche um 9 Uhr ein feier-
licher Gottesdienst statt. Herr Domkapitular Dr. Otto
von Freiburg wird predigen und Herr Stadtpfarrer Mar-
tin Hl. das letzte Wort halten.

Elgersweier. Herr Dr. Kömlel erhält vom Groß-
herzog durch Delegation die hiesige Pfarre.
Neichenbach bei Badr, 13. Dez. Unter außerordent-
lich zahlreicher Beteiligung fand hier durch drei Kapuziner-
pater Mission hat, die einen recht guten Verlauf nahm.
Konferenz der deutschen Bischöfe. In der Konferenz
der deutschen Bischöfe, die am Abend des 12. Dez. in Fulda

Groß. Hoftheater Karlsruhe.

Donnerstag, 15. Dezember 1910.
25. Abm. Bork. der Abt. C. (graue Abonnementskarten.)

Münchhausens Antwort.

Komödie in einem Aufzuge von Hans von Gumppenberg.
In Szene gesetzt von Otto Rienschers.
Personen:
Hieronymus Freiherr von Münchhausen, Fritz Herz.
Minister von Notentreu, Felix Baumbach.
Graf Gram, Hugo Böder.
Bernhardine, dessen Gemahlin, Melanie Ermarth.
Freiber von Heigen, Hermann Benedict.
Graf Stabe, Paul Gemmede.
Graf Schwarzfeld, Walter Korth.
Freiber von Langen, Otto Hertel.
Freiber von Breidenburg, Wilhelm Kempf.
Christoph, Diener, Karl Dapper.
Stephan, sein Neffe, Henry Pleh.
Leibjäger, bei Münchhausen.
Trine, Stallmagd, Alwine Müller.
Die Handlung spielt auf dem Schlosse Münchhausens im Sandersberg unweit der Hauptstadt, an einem Spätherbstabend um 1745.

Mirandolina.

(La Locandiera).
Auffpiel in drei Aufzügen von Carlo Goldoni. Frei überjet und bearbeitet von Ludwig Fulda.
In Szene gesetzt von Otto Rienschers.
Personen:
Nitter von Ripastrata, Felix Baumbach.
Marchese von Fortipopolio, Bild. Wassermann.
Graf von Alcaforata, Karl Dapper.
Mirandolina, Gastwirtin, Elie Noorman.
Fabrizio, Kellner, Karl Köstlin.
Rino, Diener des Nitters, Walter Korth.
Schauplatz: Florenz, im Gasthaus Mirandolinas.
Zeit: Anfang des 18. Jahrhunderts.
Akte nach dem ersten Stüd.
Tagesstunde von 11-1 Uhr — Haupteingang.
Abendstunde von 7 Uhr an.
Anfang: halb 8 Uhr. Ende: gegen 10 Uhr.
Preise der Plätze: Balcon 1. Abt. Mk. 5.—, Sperrig 1. Abt. Mk. 4.— usw.

Handel und Verkehr.

Mannheim, 14. Dez. (Effekten-Börse.) An der heutigen Börse waren einzelne Brauereien etwas höher. Eichbaum 106 G., Messerschmitt 6025 G. und Ganter Freiburg 9125 Proz, zu welchem starke Umsätze stattfanden. Auf den übrigen Gebieten verzeichnete Kursveränderungen: Südd. Pant.-Aktien 117,70 G., Südd. Diskontog.-Gesellschaft-Aktien 119 G., Mannheimer Dampfschiffahrts-Aktien 50 G., Ober-rhein. Veri.-Aktien 1040 G. und Pfälz. Nähmaschinen 174 G.

Karlsruher Staudesbuch-Auszüge.

Todesfälle: 12. Dez. Rosalie Rupp, alt 62 Jahre, Ehefrau des Blechneumachers Rudolf Rupp. — Jakob Mayer, Mühlhändler, Ehemann, alt 39 Jahre. — 13. Dez. Amalie Mühlbacher, alt 40 Jahre, Ehefrau des Tagelöhners Josef Mühlbacher. — 14. Dez. alt 11 Monate 16 Tage, Vater Fritz Jäger, Stadtrechnungsrat. — Andr. Dorfmann, Schneidemeister, Ehemann, alt 55 Jahre. — 14. Dez. Johannes Schuch, Obsthändler, Ehemann, alt 39 Jahre.

„Weihnachts-Glocken“

Die diesjährige sehr schön illustrierte Weihnachtsnummer der „Stern und Blumen“ wird unter dem Titel „Weihnachts-Glocken“ auch allein ausgegeben.
Der Preis beträgt bei Bezug von mindestens zehn Stück 5 Pfg. das Stück; ein Stück kostet 10 Pfg. Portofreie Lieferung.
Das Festblatt eignet sich überall zur Massenverbreitung.
Zahlreiche Bestellungen sieht entgegen:
Die Geschäftsstelle des „Badischer Beobachter“, Karlsruhe, Adlerstraße 42.

Religiöse Artikel:
Kreuz (Kruzifixe) zum Hängen und zum Stellen in Messing — versilbert — Nickelgold — Celluloid — Goldbronze auf Leder etc.
Weihwasser-Kessel mit Kreuzigungs- und mit Madonna-Bildern.
Haus-Altäre mit Christus-, mit Madonna-, mit Heiligen-Bildern.
Wandbilder = Figuren = Andachts-Medaillone = Broschen
Anhänger mit Christus-, mit Madonna-, mit Heiligen-Bildern.
Kreuz-Wege in Buchform.
Rosenkränze in Emaill = Lesezeichen mit Opferbüchlein
empfehlte grosse Auswahl in allen Preislagen
Grossherzogl. Badischer Hoflieferant
Hoflieferant J. M. d. Königin v. Schweden
Friedrich Blos
F. Wolff & Sohn's Detail-Parfümerie
Kaiserstrasse 104 in Karlsruhe.

Praktische Weihnachts-Geschenke
für Mann und Frau, Kind und Diensthote
finden Sie ausgestellt in
10 Schaufenstern.
Sie finden das Richtige gut und preiswert und in denkbar grösster Auswahl in
Kleiderstoffen, Wäsche, Wollwaren
Herren- und Knaben-Konfektion.
Die Besichtigung derselben ist empfehlenswert und lohnend für jedermann.
J. Schneyer
Werderplatz.

Todes-Anzeige.
Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere liebe Mutter und Großmutter,
Elisabetha Döfler, Steuereinhemmers-Witwe,
geb. Stehlin,
Inhaberin des Erinnerungszeichen und der Kriegsdienstmitzunge vom Feldzug-Bazarett 1870/71,
heute morgen halb 8 Uhr, im Alter von 75 Jahren, nach langem, mit Geduld ertragenem Leiden, gestärkt durch den Empfang der heiligen Sakramente, in die Ewigkeit abzurufen.
E. Döfler, Groß, Revisor, und Familie.
Karlsruhe, den 14. Dezember 1910.
Die Beerdigung findet am Samstag vormittag 10 Uhr in Niederhausen, Station Verbolshelm, statt.
Trauerhaus: Ritterstraße 36 II.

Katholischer Männerverein der Oststadt.
Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unser liebes, langjähriges treues Mitglied, Herr
Johannes Schuch,
Obsthändler,
aus dieser Weltlichkeit abzurufen.
Wir bitten die verehrlichen Mitglieber um das Gebet für die Seelenruhe des Verstorbenen, sowie um recht zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung.
Die Beerdigung findet Freitag den 16. Dezember, nachmittags halb 3 Uhr, statt.
Der Vorstand.

Katholischer Arbeiterverein Karlsruhe.
Unsere Vereinsangehörigen werden hierdurch in Kenntnis gesetzt, daß das Mitglied, Herr
Johannes Schuch,
uns durch den Tod entzogen wurde.
Wir empfehlen die Seele des Verstorbenen dem Gebete unserer Mitglieder und bitten um zahlreiche Beteiligung beim Leichenbegängnis.
Dasselbe findet Freitag, nachmittags halb 3 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt.
Der Vorstand.

Für Kirchenzwecke
Spitzen in Klöppel,
Filz u. Tüll im
Spezialgeschäft
Oscar Beier,
Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 174.

O. Kirschke
Karlsruhe
12 Kriegstrasse 12.
Uhren, Juwelen,
Gold- u. Silberwaren.
Anerkannt bestes Bezugshaus
kuranter Ware.
Spezialität: Trauringe O. R. P.
:: Conlante Bedienung. :: Rabattmarken. ::
Bitte die Ausstellung zu besichtigen.

Der katholische Gesellenverein Karlsruhe
bittet auch dieses Jahr seine Gönner und Gönnerinnen um eine kleine Gabe zur Bekleidung der Gesellen und zur Gabenverteilung. Unser Verein ist ja nicht der letzte, der solche Hilfe nötig hat, er ist aber auch nicht der letzte, der sie verdient. Wir hoffen, daß das Christkindchen allenthalben ein gutes Wort für uns einlegt.
Im Namen des Vereins:
Andreas Simon, Präses, Erdbringerstraße 14.
Gaben nehmen dankbar entgegen: S. S. Stadtpfarrer Stumpf, S. Kapellendiener Bach, Indulstraße 4, Hüb., Pfr., Marienstrasse 37, unter Hausmeister, Sossentstraße 58, sowie der obige Unterzeichnete.

Haushälterin gesucht.
Ein hiesiger älterer Witwer, alleinlebend, sucht auf Neujahr oder 1. Febr. eine ältere, unabhängige, katholische Person, gute Kochin in zur selbständigen Verorgung des Haushalts.
Angebote unter Nr. 772 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Für Hausfrauen!
Billige Kerzen
Elektra-Kerzen-epochemachende Weltmarke,
Billig, gut u. hellbrennend. Paket grosse Kerzen 6 oder 8 St. 60 und 40 Pfg. Man verlange ausdrücklich Elektra-Kerzen von **Franz Kuhn, Nürnberg.**
Hier **Herm. Bieler, Parf., Kaiserstrasse 223.**

Unser außerordentlich günstiges
Weihnachts-Angebot
ist von unseren verehrten Lesern wie die in sehr großer Anzahl eingelaufenen Bestellungen beweisen, mit größtem Beifall aufgenommen worden. Infolge der großen Nachfrage sind wir aber gezwungen, den Schlusstag für die Annahme von Bestellungen auf den
20. Dezember
festzusetzen; es empfiehlt sich deshalb, uns alle Aufträge möglichst umgehend einzusenden, da die verhältnismäßig noch kleinen Vorräte bald vergriffen sein werden.

Herzliche Kupfergravüren
Herr, bleibe bei uns, nach Ittenbach.
Blattgröße 93 Zentimeter breit, 75 Zentimeter hoch.
St. Joseph, nach Ittenbach. St. Anna.
Blattgröße jeder Gravüre 93 Zentimeter hoch, 75 Zentimeter breit.
Vorzugspreis für unsere Leser
Ladenpreis nur 5 Mk. das Blatt Ladenpreis 10-15 Mk.

Prämien-Bestellchein.
Unterzeichneter bestellt hierdurch:
..... Exempl. „Herr bleibe bei uns“ Vorzugspreis nur 5 Mk.
..... Exempl. „St. Joseph“ Vorzugspreis nur 5 Mk.
..... Exempl. „St. Anna“ Vorzugspreis nur 5 Mk.
Porto und Verpackung extra 50-75 Pfg.
Der Betrag folgt mittels Postanweisung anbei — ist durch Nachnahme zu erheben (Nichtgenügendes zu durchstreichen).
Jedes Bild ist einzeln zu haben.
Name: Ort und Wohnung:
Im offenen Kuvert beifügt die Post diesen Bestellchein für 5 Pfg. Porto. Beträge von unterwärts werden am besten mittels Postanweisung eingelaut. Porto bis 5 Mk. = 10 Pfg., bis 100 Mk. = 20 Pfg. Auch die Zeitungsböden nehmen Bestellungen entgegen.

Schulranzen und Mappen
in bekannt solider Sattlerware, in Bindleder von Mk. 5.90 an, empfiehlt
B. Klotter, Sattlerei,
Kronenstrasse 25.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

**Christbaumständer
Christbaumschmuck
Christbaumlichter**
empfiehlt in grösster Auswahl
N. Hebeisen
Haus- u. Küchengeräte-Magazin
Herdlager
Klaupredtsstraße 2. Tel. 2749.
Werderplatz 36. Tel. 1685.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Friedrichsbad
136 Kaiserstrasse 136.
An den fünf ersten Tagen der Woche kostet ein Wannbad für Männer und Frauen
35 Pfennig
Samstags 40 Pfennig.

Ihre Schuhe
werden immer noch am besten und billigsten gebohrt und repariert in den bekannten
Karlsruher Schuh-Bevollanstalten
von
G. Meermann
Waldstraße 89 (nächt Sophienstraße), Gerwigstraße 12, Werderstraße 63, Kreuzstraße 10 (bei kleinen Kirchen), Hörnerstraße 22 und Friedrichstaf.
Größtes, leistungsfähigstes Spezialgeschäft für Schuhreparatur, a. Wasch.

Billige, neue
Pianos
zur Ausübung einfacher Hausmusik geeignet, liefert gegen bar zu Mk. 450.—
Ludwig Schweisgut, Hofl.
Karlsruhe, Erbprinzenstrasse 4.

Dampfwaschanstalt
August Pfützner
Rüppurr
Langestr. 2 Telefon 1447
liefert
Herrenstärkwäsche
feinste